

Weniger EU. Mehr DU!



Das Europawahlprogramm der Partei der Vernunft

Präambel

Die Partei der Vernunft bekennt sich zum Erhalt der kulturellen Vielfalt und den Grundwerten, die unsere gemeinsame Geschichte ausmachen, um ein friedliches und prosperierendes Europa zu bewahren.

Der Garant für Freiheit, Frieden und Wohlstand ist die innere und äußere Sicherheit der europäischen Staaten.

Die Freiheit des Individuums und Sicherheit der Eigentumsrechte haben oberste Priorität. Wir wollen den freien europäischen Binnenmarkt in seiner wohlstandsfördernden Form wieder herstellen. Zollfreiheit für grenzüberschreitende Waren und Dienstleistungs-Verkehr, Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit der europäischen Bürger sind möglich, ohne die Souveränitätsrechte der Mitgliedsstaaten zu verletzen. Europäische Politik soll fortan nur die Rahmenbedingungen für supranationale wirtschaftliche Vorhaben setzen. EU-Außenpolitik soll als Leitsatz die Nichteinmischung in Angelegenheiten fremder Staaten beinhalten.

Dexit

Die Partei der Vernunft sieht die Reformbereitschaft bzw. den Veränderungswillen der europäischen Institutionen äußerst kritisch. Deshalb behalten wir es uns ausdrücklich vor, mit allen unseren zur Verfügung stehenden Mitteln für einen Austritt Deutschlands aus der EU zu werben (Dexit), sollten maßgebliche Eckpunkte unserer Änderungsvorschläge kein Gehör in den europäischen Gremien finden.

Wir sind uns über die Auswirkungen eines Austritts im vollen Umfang bewusst. Es würde das Ende der Europäischen Gemeinschaft (in der heutigen Form) bedeuten. Für Deutschland – als größte Wirtschaftsnation und Nettozahler der EU – hätte ein Austritt keine negativen Auswirkungen, im Gegenteil. Deutschland würde sich nach einem Dexit für freien Handel und offene Wirtschaftsbeziehungen einsetzen – beginnend mit bilateralen Verträgen mit den Staaten Europas und weltweit.

Ein Dexit ist ein radikaler Schritt. Folgende Handlungsfelder müssen auf dem Weg dorthin etappenweise bearbeitet bzw. umgesetzt werden:

Subsidiarität

Folgende politische Felder gehören zurück in nationale Verantwortung:

-Innere Sicherheit

-Außenpolitik

-Justiz

-Arbeitnehmerrechte

-Gesundheitspolitik, Ablehnung der „öffentlichen Gesundheit“

-Familienpolitik

Politische Erneuerung Europas oder Europäische Politik neu denken

Geeintes Europa ohne Superstaat und Verbote

Wie wir weniger Staatswesen auf Länderebene anstreben, so sollte ein geeintes Europa als Bund gleichgesinnter Nationalstaaten auftreten.

Mehr Souveränität für die EU-Staaten, deutlichere Gewaltenteilung

Wir fordern die Rückgabe von Gesetzgebungskompetenz an die Nationalstaaten. Außerdem sind wir für ausgewogene Kompetenzverteilung von Exekutive (Kommission) und Legislative (Parlament); alleiniges Initiativrecht der Kommission zur Einbringung von Gesetzentwürfen sollte abgeschafft werden. Die PdV wirbt dafür, das Vorschlagsrecht der Mitglieder der EU-Kommission nicht nur beim EU-Rat, sondern auch beim Parlament anzusiedeln.

Stärkung der europäischen Regionen

Die früheren und auch aktuellen Initiativen aus einigen Parteien sollen nicht weiterverfolgt werden.

Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft, einen Bund europäischer Nationen

Relevant ist ein Neustart des Ursprungsgedankens des **Europäischen Wirtschaftsraums EWR bzw. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG**. Wichtig hierbei ist zu betonen, dass ein lockerer Staatenbund und kein europäischer Bundesstaat damit gemeint ist.

Vertragsfreiheit für jeden Staat und jeden einzelnen Politikbereich auf völkerrechtlicher Basis mit einem geregelten Austrittsrecht (freiwillige EU-Mitgliedschaft)

Die neue Union darf in keiner Weise die Politiken der Nationalstaaten beeinflussen. Die Regelungen zum Beitritt bzw. Austritt müssen vereinfacht werden und – primär – **sie müssen auf Freiwilligkeit basieren**.

Des Weiteren sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, nicht nur Staaten, sondern auch Regionen zu erlauben, sich an diesem neuen Binnenmarkt zu beteiligen oder nicht. Die jeweils betroffenen Staaten müssen hierfür die Voraussetzungen schaffen. Als Voraussetzung für den Beitritt muss eine Volksabstimmung innerhalb des Beitrittslandes und Volksabstimmungen der gegenwärtigen Mitgliedsländer der EU durchgeführt werden.

Wir betonen ausdrücklich: Die **Freiwilligkeit in der EU-Mitgliedschaft** muss gewährleistet sein! (Lehren aus dem Brexit).

Gemeinsamer Markt, Zollunion und gemeinsame Handelspolitik

Der Kern der neuen Union muss sich auf o.g. Merkmale beschränken. Keine weiteren Befugnisse sollen erteilt werden.

Die Idee einer politischen Union (Mitterand, Kohl) ist nicht weiterzuverfolgen.

Eine verkleinerte Kommission; ein Parlament mit Initiativbefugnis, gewählt nach einheitlichem Wahlrecht und transnationalen Listen

Die aktuelle EU-Kommission muss – durch Kompetenzrückgabe an die Nationalstaaten bzw. Regionen – stufenweise verkleinert werden.

Das gestärkte EU-Parlament erhält Initiativrecht zur Einbringung von Gesetzesentwürfen.

Das Wahlrecht für das Parlament sollte die Wahl europaweiter (länderübergreifender) Kandidaten und Listen beinhalten. Eine Sperrklausel zum Einzug in das Europäische Parlament lehnen wir ab.

Beendigung der Überregulierung

Die Partei der Vernunft steht für eigenverantwortliches Handeln.

Zentral aufgesetzte Verordnungen verfehlen das Ziel und sind deshalb abzulehnen.

Die neue Gesetzgebung beschränkt sich auf die Gewährleistung der Zollfreiheit und der gemeinsamen Handelspolitik.

Die derzeit geltenden Berichtspflichten müssen dem Prinzip „once only“ folgen und werden stufenweise abgeschafft. Unternehmen sollen sich auf Wertschöpfung konzentrieren und nicht auf die Dokumentation ihrer Aktivitäten für Dritte. Solange die nationalen Gesetze eingehalten werden, ist die Einführung zusätzlicher Regularien auf europäischer Ebene nicht erforderlich.

Reduzierung von Verwaltungskosten

Die PdV setzt sich für EU-Institutionen nur noch mit beratender und vermittelnder Funktion ein, dadurch werden Einsparungen bei den Personalkosten möglich.

Es muss die Notwendigkeit der über 45 EU-Agenturen überprüft werden.

Die Festlegung auf einen einzigen Tagungsort (Brüssel oder Straßburg) ist zwingend geboten.

Wirtschaft/Finanzen/Steuern

EU, größter Binnenmarkt der Welt

Die Europäische Union umfasst den weltweit größten Binnenmarkt.

Diesen Wert an sich sollte vernünftige europäische Politik erhalten und nach Möglichkeit ausbauen.

Ein selbstbestimmtes Europa mit klarem JA zum freien Welthandel gehört zu den Grundsätzen der PdV.

Stärkung des Wirtschaftsstandorts EU mit marktwirtschaftlichen Instrumenten

Der Ausbau der wirtschaftlichen Stärke der EU kann und soll ausschließlich dem Markt überlassen werden und jeglicher regulierender Eingriff wird unterbunden.

Wahrung Haushaltsdisziplin, Einhaltung No bailout-Regeln, Einhaltung der Maastricht-Verträge, bedingte EU-Erweiterung

Der neue EU-Haushalt ist auf wenige Posten wie äußere Sicherheit sowie Verwaltung der Union beschränkt.

Jegliche Subventionen in allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen werden (stufenweise) eingestellt.

Das Entstehen der Union für die Schulden einzelner Mitgliedsstaaten ist gemäß Maastricht-Verträgen nicht zulässig.

Die Fördertöpfe EFSF, ESM sind aufzulösen; das verbliebene Geld wird den Nationalstaaten anteilig ihres (Netto)Beitrags zurückgezahlt.

Die Aufnahme weiterer Länder in die EU wird von der PdV abgelehnt, solange neue Mitglieder Kosten bei bestehenden Mitgliedern verursachen. Eine bestehende aktuelle Belastung des EU-Haushalts erlaubt keine weiteren finanziellen Transfers ungewisser Größenordnung.

Ablehnung der Einführung einer eigenen Steuerkompetenz der EU

Jegliche Initiativen zur Steuererhebung sind abzulehnen. Diese Kompetenz obliegt (aus Perspektive der EU) den Nationalstaaten.

Die EU erhält ein begrenztes Budget für die klar und eindeutig definierten, ihr zugewiesenen Aufgaben.

Ablehnung eines europäischen Finanzministers

Analog stellt sich die Frage eines EU-Finanzministeriums nicht.

Politische Unabhängigkeit der EZB

Anzustreben ist ein Entfall des Geldmonopols der EZB und das Zulassen alternativer Zahlungsmittel: Edelmetalle, Alternativ- und Kryptowährungen.

Die Europäische Zentralbank sollte auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeführt werden: Wahrung der Geldwert-Stabilität der Unions-Währung (und der ggf. in Zukunft geltenden anderen Währungen und Zahlungsmittel).

Entsprechende Reform der Wahl der EZB-Organe ist anzustoßen.

Das Verbot zum unmittelbaren Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB ist um ein Verbot des mittelbaren Ankaufs von Staatsanleihen zu erweitern.

Ablehnung eines Europäischen Währungsfonds

Um die No-Bailout-Prinzipien zu wahren, ist ein geplanter gemeinsamer Fond (analog des IWF) abzulehnen;

um die Bürger in Deutschland und der anderen Mitgliedsstaaten vor weiteren Abgaben zu bewahren.

Ablehnung der Transferunion und Wiedereinführung nationaler (Parallel)Währungen

Die Maastricht- (und Folge) Verträge verbieten einen Geldtransfer zu Not leidenden Mitgliedsstaaten.

Zur Ankurbelung der Wirtschaft in strukturschwachen Staaten/Regionen muss es wieder möglich sein, eine nationale/regionale Währung einzuführen, die nach Bedarf ab- oder aufgewertet werden kann.

Strukturgleiche Länder können eine Gemeinschaftswährung behalten oder neu schaffen. Währungswettbewerb lautet die Devise.

Ablehnung EU-Next Generation-Fonds (750 Mrd. € Umverteilung innerhalb der EU)

O.g. Fonds sind entschieden abzulehnen.

Die PdV lehnt gigantische Umverteilungsprogramme entschieden ab. Die Menschen, die diese umfangreichen Summen erwirtschaften und unter Zwang abgeben müssen, können selbst viel besser über die Verwendung ihres Geldes entscheiden.

Reduzierung der EU-Vergabe RiLi, der EU-Dienstleistungs RiLi, der Kreditvergabe-RiLi, der Ökodesign-RiLi und der Dokumentationspflichten

Die EU (als auch die Nationalstaaten) sollten keine Regeln zur Auftragsvergabe mehr erteilen, die Einmischung in Dienstleistungsverträge, in Kreditverträge sowie jegliche Verträge, die den freien Markt betreffen.

Investitionssteuerung durch den Markt statt durch EU-Taxonomien

Investitionsanreize sollen nur vom Markt kommen. Jegliche Einstufung (z. B. in Nachhaltigkeit der Investitionen) obliegt nicht mehr der EU.

Ablehnung globaler Mindestbesteuerung (OECD), 15 %

Steuern (weltweit) sind Angelegenheit der Nationalstaaten, hier ist keine Befugnis der (neuen) EU festzustellen.

Jegliche Steuerangleichung untergräbt den Wettbewerb.

Steueroasen (innerhalb und außerhalb der EU) werden als Wettbewerbsanreiz um den attraktivsten Wirtschaftsstandort von der PdV klar begrüßt.

Keine anteilige Abführung von Erlösen aus der Mindestbesteuerung von Großkonzernen an die EU als zusätzliche Eigenmittel!

Zusätzliche Eigenmittel der EU aus o.g. Erlösen sind strikt abzulehnen.

Alle Subventionen auf den Prüfstand; stufenweise Auslaufen und Abschaffung jeglicher Beihilfen

Alle Zahlungen an die verschiedenen Sektoren (Landwirtschaft, Energie usw.) werden über einen zu definierenden Übergangszeitraum eingestellt. Gleichzeitig soll die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland massiv verringert werden, um den betroffenen Branchen bessere Wirtschaftsbedingungen zu bieten.

Die PdV stellt sich gegen die Etablierung eines EU-Sozialsystems, z. B. einer europäischen Arbeitslosenversicherung oder anderer EU-weiter Sozialversicherungssysteme.

Sozialleistungen sollen dem Subsidiaritätsprinzip folgen.

Grundsätzliche Reform des Geldsystems, freier Währungswettbewerb oder einer goldgedeckten Währung

Die PdV setzt sich für den freien Wettbewerb der Zahlungsmittel ein.

Wir sind gegen die generelle Einführung des digitalen Zentralbankgelds (CBDC).

Innere/äußere Sicherheit

Keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die PdV setzt sich für die Freiheit des Menschen, den Schutz des Eigentums und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben ein, solange keinem Dritten Schaden entsteht.

Außen- und Sicherheitspolitik ist allerdings Angelegenheit der Mitgliedstaaten. Zur Sicherung der EU-Außengrenzen werden bei Bedarf die Anrainer-Staaten entsprechend unterstützt. Sicherheitspolitische Interessen sollten von bestehenden Bündnissen (NATO) der Mitgliedsstaaten wahrgenommen werden.

Keine europäische Armee

Die Gewährleistung der äußeren Sicherheit bedeutet nicht die Notwendigkeit einer europäischen Armee (z. B. nach französischen Vorstellungen).

Asylpolitik richtig umsetzen

Legale und illegale Migration muss von der (ursprünglichen) Asylpolitik getrennt werden.
Wir stehen fest hinter dem Art.16a GG („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“)

Arbeitsleben/Migration

Keine Mindeststandards beim Arbeitsschutz

Arbeitsschutzvorkehrungen sind den jeweiligen Betrieben zu überlassen; im freien Wettbewerb bewährt sich auch ein effektiver Arbeitsschutz, dieser Bereich muss nicht geregelt werden. Wir sind dezidiert für Arbeitsschutz, dieser darf aber nicht dazu führen, dass die Vertragsfreiheit geopfert wird.

Keine Grundstandards beim Arbeitnehmerrecht

Arbeitnehmerrechte fallen in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten, eine Regulierung „on top“ ist überflüssig, eine europäische Vereinheitlichung hinderlich.

Reform Schengen-Abkommen (Zurückweisung Wirtschaftsflüchtlinge)

Die Genfer Flüchtlingskonvention und das Dublin-Verfahren müssen eingehalten werden.

Ablehnung einer europäischen Arbeitslosenversicherung

Versicherungen jeglicher Art sollten als Zielbild Individualverträge sein. Alternativ sind Gruppenverträge (auf Freiwilligenbasis) vorstellbar. Bereits bestehende Arbeitslosenversicherungen in den jeweiligen Nationalstaaten behalten weiterhin ihre Gültigkeit, hier bedarf es keiner europaweiten von der EU initiierten Versicherung.

Datenschutz/Medien/Bildung

Die Partei der Vernunft setzt sich ein für:

- Transparenz und die Veröffentlichungspflicht aller in den EU-Institutionen anfallenden Daten
- die Ablehnung einer europaweiten Medienaufsicht und -regulierung (an den nationalen Zuständigkeiten vorbei)

Ablehnung von Zensur in den Medien (öffentlich-rechtliche Medien, soziale Medien).

Die Partei der Vernunft lehnt ein „gleichgeschaltetes europaweites Bildungssystem“ ab.

Wir sind für Stärkung der Autonomie von Hochschulen; Freiheit von Forschung und Lehre muss wiederhergestellt werden.

Außerdem lehnen wir die künstliche Erhöhung der Akademikerquote ab, wie sie die EU fordert.

Das Erasmus-Bildungsförderprogramm sollte auf freiwilliger Basis durch private Mittel finanziert werden.

Klima/Energie

Infragestellen der vorherrschenden Klimatheorie

Der Anteil des anthropogenen Klimawandels ist, Stand heute, nicht quantifizierbar. Auch ob Erwärmung oder Abkühlung die Zukunft bringt, ist unklar. CO₂ als schädliches Treibhausgas zu definieren, für die Erderwärmung verantwortlich zu machen und daraus die gravierenden energiepolitischen Maßnahmen in Mitteleuropa und Teilen des Westens abzuleiten, all das erweist sich zunehmend als Irrweg. Die PdV setzt sich für eine ideologiefreie, tiefgehende und vor allem ergebnisoffene Erforschung der Klimaveränderungen ein.

Anpassung als einzig möglicher Umgang mit Klimaveränderungen

(Ertüchtigung Kanalisation, Dämme, Rückbegradigung Flussläufe, Anpassung Landwirtschaft usw.)

Sollten Klimaveränderungen den Lebensraum der Menschen beeinträchtigen, so ist Anpassung das Gebot der Stunde; dem Klimawandel den Kampf ansagen ist nicht zielführend.

Wirtschaftliche, (nachhaltige) Energieversorgung

Ein Grundbestandteil unseres zivilisierten und hochtechnisierten Lebens ist jederzeit verfügbare und bezahlbare Energie. Förderung/Herstellung sowie Verwendung aller markttauglichen Energieformen sollen entsprechend den klassischen Umweltschutz-Kriterien Luft, Boden und Wasser so wenig wie möglich belasten.

Marktwirtschaft statt CO₂-Bepreisung

Umweltschonende Energie setzt sich aufgrund der Marktanforderungen durch, hierfür ist keine Strafzahlung erforderlich (und schon gar keine aufgrund der CO₂-Bilanz). Energie wurde im Laufe der Jahrzehnte immer umweltschonender, man betrachte die kontinuierliche Reduktion an Partikeln sowie anderen Schadstoffen.

Freiheit beim Wohnungsbau auch ab 2030

Wohnungsbau sollte dem freien Markt überlassen werden. Eine erzwungene Belastung der Herstellungskosten/Sanierungskosten für eine fragwürdige Eigenschaft („Klimaneutralität“) lehnt die PdV ab.

Stopp der Förderung zum Weiterbau von Windkraftanlagen, Rückbau bestehender Windparks

Windkraft ist aufgrund seiner niedrigen Energiedichte und seiner zyklischen Verfügbarkeit für das hoch entwickelte Europa (und den großen Industriestandort Deutschland) nur als Nischenlösung geeignet.

Das Opfern von Flächen für WKAs (Flächenfraß, Bodenversiegelung durch Fundamente) ist in Zukunft zu unterbinden.

Wenn aufgrund auslaufender Förderung sich Windparks nicht mehr rentieren, so müssen diese stillgelegt und zurückgebaut sowie die nicht mehr genutzten Flächen renaturiert werden.

Aufgrund gesundheitlicher Risiken von Infraschall auf die Gesundheit müssen Mindestabstände von Wohnsiedlungen neu definiert werden (siehe Urteil französisches Gericht aus 3/2024: Verbot Neubau Onshore-Windkraftanlagen).

Ablehnung EU-weite Solarpflicht auf den Dächern von neuen/sanierten Wohnhäusern, von Industrieanlagen, keine EU-Sanierungspflicht für energetisch ineffiziente Gebäude

Die verordnete Verbreitung einer ineffizienten Energieerzeugung (Photovoltaik in unseren Breitengraden) ist abzulehnen.

Der neue Trend zur Agro-Voltaik ist ebenso nicht zielführend und sollte nicht weiter gefördert werden.

Energieerzeugungsformen dem Markt überlassen

Die Marktentwicklung wird zeigen, welche günstigeren (umweltschonenderen) Energieformen sich durchsetzen werden (Gas, Steinkohle-Anlagen der neuen Generation, AKWs bestehende/neue Konzepte usw.)

Ablehnung von „Fit for 55“ (rechtliche Untersetzung des „Green Deal“)

Zusammengefasst muss o.g. Projekt rückabgewickelt werden.

EU- „Außenpolitik“

Eine erfolgreiche „europäische Außenpolitik“ sollte sich auf folgende Grundsätze beschränken:

- Unterstützung des weltweiten, schrankenlosen Freihandels
- Nichteinmischung in innere Angelegenheiten von Drittstaaten

- Weg von klassischer Entwicklungshilfe

Die Einteilung in Demokratien und Autokratien ist Angelegenheit der Mitgliedstaaten.
Die Wiederaufnahme politischer/wirtschaftlicher Beziehungen mit sanktionierten Staaten, einseitige Aufhebung bestehender Sanktionen wird von der PdV dringend empfohlen.

In der Konsequenz bedeutet das: keine gemeinsame Außen- und Entwicklungspolitik der EU für die Mitgliedstaaten.

#Vfreiheit
parteidervernunft.de

